

gebnisse werden in den öffentlichen „Vorträgen des Herder-Instituts“, seit dem Frühjahr 1952 einem weiteren Kreise erschlossen. Ferner finden besondere Lehrgänge statt für Studierende aller Hochschulen und aller Fächer, für Lehrer aller Schularten, für Dozenten und andere Forscher, soweit sie sich mit der Ostforschung beschäftigen. Sie dienen der Anregung, der Schulung des Nachwuchses und dem Austausch von Erfahrungen und Meinungen, ohne den keine wissenschaftliche Arbeit gedeihen kann. So schließen sich immer weitere Ringe um den Kern des Herder-Forschungsrates.

Dieser steht auch mit den gleichstrebenden Vereinigungen und Anstalten in kameradschaftlichem Verkehr. Der Göttinger Arbeitskreis, der als erster die Ostforschung wieder aufbaute, die Nordostdeutsche Akademie in Lüneburg, das Amt für Landeskunde in Remagen sind im Forschungsrat vertreten. Freundschaftliche Beziehungen bestehen auch zu dem Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, zu dem Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, zum Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, die beide sich der Pflege des ostdeutschen Volks- und Kulturgutes annehmen, und zu den Forschungsstellen in Göttingen und in München, die sich der Osteuropaforschung widmen. Der Herder-Forschungsrat hat angeregt, daß der deutschen Ostforschung auch an den deutschen Universitäten eine planmäßigere und tatkräftigere Pflege zuteil wird, als es bisher der Fall war. Es wird erwartet, daß alle Universitäten durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die Errichtung von Lehrstühlen und die Erteilung von Lehraufträgen die neue deutsche Ostforschung unterstützen werden.

Alle Arbeit des Herder-Forschungsrates und des Herder-Instituts in Forschung, Lehre und Sammlung muß und wird stets geistig klar ausgerichtet sein. Sie wird nicht nationalistisch beschränkt, sondern sie muß im Bewußtsein europäischer Gemeinschaft zwischen allen Völkern im östlichen Mitteleuropa und zwischen ihnen und den Völkern des Westens geleistet werden. Sie darf nicht fachlich eingeengt, sondern sie muß in der Gemeinschaft aller wissenschaftlichen Fächer betrieben werden. Sie darf sich nicht an die Vergangenheit verlieren, sondern sie muß in der Verpflichtung gegenüber der Zukunft auf die Gegenwart ausgerichtet sein. Sie darf nicht politisch und parteilich gebunden sein. Sie muß sich nur der Wahrheit verantwortlich fühlen; denn nur dann wird sich durch sie an den Völkern im östlichen Mitteleuropa das Wort des Evangelisten erfüllen: Die Wahrheit wird Euch freimachen.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde in Stuttgart

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ist am 18. Nov. 1949 unter reger Beteiligung von über 60 Osteuropafachleuten und -interessenten mit dem Sitz in Stuttgart gegründet worden. Man ging dabei von dem Gedanken aus, daß das Studium Osteuropas und die Kenntnis der osteuropäischen Fragen heute für Deutschland dringender notwendig ist denn je. Vor dem Kriege standen uns in den Osteuropa-Instituten in Breslau und Königsberg und in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Berlin Institutionen zur Verfügung, die auf dem Gebiet Vorbildliches geleistet haben und international anerkannt waren, so daß Deutschland damals in der Osteuropaforschung eine führende Stellung in der Welt einnahm. Nach dem Kriege ist auf diesem Gebiet zunächst ein Vakuum entstanden. Es gibt aber auch heute noch

in Deutschland einen Stamm von anerkannten Osteuropafachleuten. Bisher ist jedoch nur ein Teil von ihnen wieder auf diesem Fachgebiet tätig, ohne daß ihre Arbeit die entsprechende Beachtung und Auswertung findet. Es entspricht einem allgemein empfundenen Bedürfnis, diese Lücke zu schließen und in Deutschland wieder ein geistiges Zentrum für das Studium osteuropäischer Fragen und die Vermittlung einwandfreier Kenntnisse auf diesem Gebiete zu schaffen.

Satzungsgemäß hat die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde den Zweck, das Studium Osteuropas zu pflegen und zu fördern. Sie soll die auf diesem Gebiet arbeitenden und die an dieser Arbeit interessierten Persönlichkeiten zusammenführen, einen geistigen Zusammenhang zwischen ihnen herstellen und eine systematische Förderung ihrer Arbeit anstreben. Sie soll auf der Grundlage wissenschaftlicher Objektivität zu einer einwandfreien Unterrichtung der interessierten Kreise der Politik, der Wirtschaft und des Geisteslebens über alle osteuropäischen Fragen beitragen und dafür sorgen, daß nicht von unberufener Seite mit unzureichenden und unzutreffenden Kenntnissen der Materie der Sache geschadet wird.

Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Struktur Ost- und Südosteuropas macht es unmöglich, zwischen diesen beiden Bereichen eine klare Trennungslinie zu ziehen. Die Arbeit der Gesellschaft muß sich daher auf den Gesamttraum Ost- und Südosteuropas erstrecken, wobei eine evtl. spätere Sonderstellung der Südosteuropaforschung der weiteren Entwicklung überlassen bleibt.

Es ist nicht die Aufgabe der Gesellschaft, selbst wissenschaftliche Forschungsarbeit zu leisten. Diese bleibt vielmehr speziellen Forschungsinstituten vorbehalten, für deren Wiederbegründung sich die Gesellschaft mit Nachdruck eingesetzt hat. Mit den Osteuropa-Instituten, die an der Freien Universität Berlin und an der Universität München entstanden sind, hat die Gesellschaft eine enge Zusammenarbeit hergestellt. Die Gesellschaft wirkt durch Veranstaltung von Vorträgen und Diskussionsabenden, durch eigene Publikationen, durch Beschaffung und Auswertung von Fachliteratur, durch Auskünfte und Gutachten für die Förderung der Ostforschung und die Verbreitung von Kenntnissen über die osteuropäischen Fragen. Als eigenes Organ der Gesellschaft erscheint seit Herbst 1951 in Stuttgart die Zweimonatsschrift „Osteuropa“, die Tradition und Aufgaben der früher in Berlin von Professor Otto Hoetzsch im Auftrage der damaligen Osteuropagesellschaft herausgegebenen gleichnamigen Zeitschrift fortsetzen soll.

Als erste Publikation der Gesellschaft ist in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart eine Schrift „Rußland und wir, Betrachtungen über Rußland und den Bolschewismus“ erschienen (Preis DM 2,80) als eine Zusammenfassung der Vorträge, die Prof. Winkler, Dr. Mehnert und Prof. Benz auf Veranstaltungen der Gesellschaft in Stuttgart gehalten haben. Die Gesellschaft ist außerdem beteiligt an einem Osteuropahandbuch, das die wichtigsten Daten über die Entwicklung der osteuropäischen Länder, einschließlich der Balkanländer, im letzten Jahrzehnt zur Darstellung bringt.

Auf der Mitgliederversammlung am 2. Dezember 1951 in Marburg a. d. Lahn wurde der Vorstand neu gewählt, dem nunmehr folgende Herren angehören: Reichsminister a. D. Hermann Dietrich, Stuttgart, als Präsident; Prof. Dr. Otto Schiller, Stuttgart, als Vizepräsident; Dr. Hans Schumann, Stuttgart, als geschäftsführendes Vorstandsmitglied; Prof. Dr. Carl Brinkmann, Tübingen; Prof. Dr. Hans Koch, München; Dr. Harald Laeuen, Hamburg; Prof. Dr. Josef Matl, Graz; Dozent Dr. Werner Markert, Göttingen; Prof. Dr. K. C. Thalheim, Berlin; Prof. Dr. Erich Thiel, München.

Um praktische Arbeit im Gedankenaustausch und in der wissenschaftlichen Koordination zu leisten, hat die Gesellschaft zunächst drei Arbeitsgruppen gebildet: 1. Geschichte und Geographie; 2. Recht, Staat und Wirtschaft; 3. Sprache, Literatur und Geistesleben.

Zweigstellen der Gesellschaft bestehen in Hamburg und München. Es ist vorgesehen, auch an anderen Schwerpunkten des Geisteslebens in Deutschland, zunächst in Köln-Bonn und Frankfurt a. Main, Zweigstellen der Gesellschaft einzurichten.

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde

Weit über hundert Gäste aus der Bundesrepublik, Berlin und dem Auslande nahmen an der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde teil, die vom 30. November bis 2. Dezember 1951 in Marburg an der Lahn abgehalten wurde. In mehreren Sektionen nahmen deutsche Sachkenner zu Fragen Osteuropas Stellung, außerdem fanden ein öffentlicher Vortrag und Arbeitsbesprechungen in engerem Rahmen statt, die sich vor allem mit der zukünftigen Arbeit der Gesellschaft befaßten.

Dr. Helmut Klocke-Wiesbaden sprach in der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion über die Phasen der Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten. An die Stelle der Krise der Überproduktion, so erklärte er, sei die Krise des Mangels getreten. Am Anfang der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung stand das Experiment innenpolitischer Macht ohne ein ausgeprägtes Wirtschaftssystem. Dann sei das Experiment der reduzierten freien Marktwirtschaft (NEP) eingeführt worden und schließlich in der dritten Phase die systematische Planwirtschaft mit Kollektivierung und der überstürzten Freisetzung der bäuerlichen Massen als industrielle Reservearmee. Das Jahr 1950 in den Ostmitteleuropastaaten entspreche dem Jahr 1928 oder 1930 in der Sowjetunion, als die Kollektivierungen einsetzten.

In Korreferaten nahmen Prof. Dr. Hans Raupach-Braunschweig und Prof. Dr. Karl C. Thalheim-Berlin Stellung. Raupach betonte die Wichtigkeit der qualitativen Analyse, da die quantitative Betrachtung durch die Sekretierung des sowjetischen Zahlenmaterials oft nicht mehr möglich sei. Thalheim wies vor allem auf die soziologischen Zielsetzungen hin, die durch die Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung im Kommunismus erreicht werden sollten.

Vor der Soziologischen Sektion sprach Prof. Dr. Gerd von Mende-Düsseldorf über „Soziale Schichtung und politische Willensbildung in der Sowjetunion“. Die sowjetische Gesellschaft werde in der UdSSR als klassenlos empfunden, nur die Kolchos- und Einzelbauern könnten noch als eine echte soziale Klasse angesprochen werden, die jedoch keine politische Bedeutung habe. Die Arbeiterschaft kenne schlechthin kein Klassenbewußtsein mehr. Die sowjetische Intelligenz, die als große Funktionsgruppe Staats- und Parteiparat fülle, besitze kein Ethos, keine Tradition und keine Stabilität und damit nicht den Charakter einer echten Oberschicht.

Das Korreferat Boris Meißners (Institut für Völkerrecht, Hamburg) ging vom Generationenproblem und von der Teilung der sowjetischen Intelligenz in die drei Gruppen der politischen, technischen und kulturellen Intelligenz aus. Die sowjetische Gesellschaft weise drei Generationen auf, von denen die junge Generation im politischen Willenszentrum überhaupt nicht vertreten sei. Weniger durch nationale und soziale Spannungen als durch den Generationsgegensatz werde die Stabilität der autokratischen Herrschaftsordnung bedroht. Bei einer Beteiligung der jungen Gene-

ration an der Staatsführung erscheine eine allmähliche Lockerung des Systems und eine Liberalisierung des öffentlichen Lebens nicht ausgeschlossen. Dozent Dr. Walter Meder erklärte, es gebe in der UdSSR keine echten Klassen, sondern nur noch kleinere soziale Gruppen. Ihre Aufspaltung habe zur Folge, daß sich eine echte und wirkungsvolle Opposition gegen die Regierung nicht bilden könne.

Die Geisteswissenschaftliche Sektion tagte am 2. Dezember. Prof. Dr. Alfred Rammelmeyer-Kiel untersuchte die ideologischen Fragen, die mit Stalins Linguistikbriefen und seiner Verurteilung der Lehre Marrs zusammenhängen. Stalin habe sich damit in Widerspruch zur marxistischen Tradition gesetzt. Sein Appell sei als Hinwendung zur nationalen Tradition aufzufassen.

Die politischen Konsequenzen der sowjetischen Geschichtsauffassung beleuchtete Dr. Georg von Rauch-Marburg. Über den Kreis der sowjetischen Welt hinaus habe die sowjetische Geschichtsbetrachtung die Funktion, den bürgerlichen Nationsbegriff zu erschüttern und demgegenüber den „sozialistischen“ Nationsbegriff ins Feld zu führen. Dieser solle, der von Stalin postulierten aktiven Rolle des Überbaus entsprechend, die „beste Lösung“ für die Angliederung „zurückgebliebener“ oder „bürgerlicher“ Nationen finden. Damit werde die sowjetische Geschichtsauffassung erneut zum politischen Instrument im globalen Rahmen.

Prof. Dr. Herbert Ludat-Münster berichtete von den Auswirkungen des Marxismus auf die polnische Wissenschaft. Die totale Durchsetzung der marxistischen Ideologie und die ausschließliche Anwendung der Prinzipien des dialektischen Materialismus sei das Ziel. Die totale Revolution im Felde der Wissenschaft werde am eindrucksvollsten in der Geschichtswissenschaft am Beispiel der Revision des bürgerlich-nationalistischen Geschichtsbildes vom deutsch-polnischen Verhältnis durch die ökonomische Betrachtungsweise der marxistischen Historiker deutlich.

Carl Gustaf Ströhm.

Nachrufe

LEONID ARBUSOW

(1882—1951)

Leonid Arbusows Großvater, der einem im Pleskauschen besitzlichen russischen Adelsgeschlecht entstammte, fiel mündlicher Überlieferung nach als junger Offizier während des Krimkrieges im Duell, die Großmutter, die ebenfalls Russin war, aber auch deutsche Vorfahren hatte, war gleich nach der ersten Geburt an der Cholera gestorben. Der Sohn dieses russischen Ehepaars, Leonid Arbusow d. Ä., wurde als Waise von einer deutschen Familie in Mitau aufgenommen und erzogen, wuchs völlig in den Anschauungen eines deutschen Kurländers auf, studierte zusammen mit Theodor Schiemann, Oskar Stavenhagen, Philipp Schwartz und anderen Landsleuten in Göttingen Geschichte bei Georg Waitz und wurde 1877 Kreisschullehrer in Bauske. Hier in der kurländischen Kreisstadt am Fuße der Ruine der Deutschordensburg, ist Leonid Arbusow d. J. am 31. Oktober 1882 geboren. War der Vater nach Erziehung, Bildung und Gesinnung, so war die Mutter (geb. Anschütz) auch der Herkunft nach Deutsche. 1893 wurde der Vater von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen zum Herausgeber der II. Abteilung des Livländischen Urkundenbuchs gewählt. 1894,